



76. Jahrgang / Februar 2003

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

-
- | | |
|---|--|
| 5. <i>Neue Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen</i> | 9. <i>Übersicht über die genehmigten Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2002</i> |
| 6. <i>Zinssenkung bei Wasserleitungsfondsdarlehen</i> | <i>Verbraucherpreisindex für November 2002 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 7. <i>Tierseuchenfonds; Pflichtbeiträge 2003</i> | |
| 8. <i>Erschließung und Sicherung der Gemeindearchive</i> | |
-

5.

Neue Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen

Mit 1. Jänner 2003 ist das Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz in Kraft getreten. Gleichzeitig ist das Bundesvergabegesetz 2002 für die Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols wirksam geworden. Das Bundesvergabegesetz 2002 wurde bereits im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Dezember 2002, vorgestellt.

Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2002

Das Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2002 ist im Landesgesetzblatt für Tirol unter Nr. 123/2002 kundgemacht worden.

Das Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2002 regelt die **Nachprüfung im Rahmen der Vergabe von Aufträgen durch die Gemeinden und die Gemeindeverbände**. Das Gesetz regelt weiters die Nachprüfung im Rahmen der Vergabe von Aufträgen durch Stiftungen, Fonds und Anstalten, die von Organen der Gemeinden oder Gemeindeverbände oder von Personen verwaltet werden, die hiezu von Organen der Gemeinden oder Gemeindeverbände bestellt werden, und durch Unternehmen, an denen eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Rechtsträgern, die der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegen, mit mindestens 50 v. H. des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist, oder die die Gemeinde oder der Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen solchen Rechtsträgern betreibt; einer finanziellen Beteiligung ist die Beherrschung von Unternehmen durch andere finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen gleich zu halten; die Zuständigkeit zur Nachprüfung erstreckt sich bei solchen Unternehmen auch auf Unternehmen jeder weiteren Stufe bei denen die Voraussetzungen über die finanzielle Beteiligung vorliegen.

Die Vergabe von Aufträgen unterliegt der **Nachprüfung durch den Unabhängigen Verwaltungssenat als Nachprüfungsbehörde**.

Nachprüfungsverfahren

Der Unabhängige Verwaltungssenat ist **auf Antrag** zur Durchführung des Nachprüfungsverfahrens zuständig.

Bis zur Zuschlagserteilung ist der Unabhängige Verwaltungssenat zum Zwecke der Beseitigung von Verstößen gegen Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen

1. zur Erlassung einstweiliger Verfügungen und
2. zur Nichtigerklärung rechtswidriger Entscheidungen des Auftraggebers im Rahmen der vom Antragsteller geltend gemachten Beschwerdepunkte zuständig.

Nach Zuschlagserteilung ist der Unabhängige Verwaltungssenat zuständig festzustellen, ob wegen eines Verstoßes gegen Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen der Zuschlag nicht nach den Angaben in der Ausschreibung dem Angebot mit dem niedrigsten Preis oder dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot erteilt wurde. In einem solchen Verfahren ist der Unabhängige Verwaltungssenat ferner zuständig festzustellen, ob der Antragsteller auch bei Einhaltung der

Bestimmungen keine reelle Chance auf Erteilung des Zuschlages gehabt hätte.

Nach Zuschlagserteilung ist der Unabhängige Verwaltungssenat zuständig festzustellen, ob bei Direktvergaben die Wahl des Vergabeverfahrens zu Recht erfolgte.

Nach Widerruf einer Ausschreibung ist der Unabhängige Verwaltungssenat zuständig festzustellen, ob der Widerruf rechtswidrig war. In einem solchen Verfahren ist der Unabhängige Verwaltungssenat ferner zuständig festzustellen, ob der Antragsteller auch bei Einhaltung der Bestimmungen keine reelle Chance auf Erteilung des Zuschlages gehabt hätte.

Auskunftspflicht

Die dem Nachprüfungsverfahren nach diesem Gesetz unterliegenden Auftraggeber haben dem Unabhängigen Verwaltungssenat alle für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Auskünfte zu erteilen, und alle hierfür erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Gleiches gilt für die an einem Vergabeverfahren beteiligten Unternehmer. Wurde der Auftraggeber oder der Unternehmer auf die Säumnisfolge vorher ausdrücklich hingewiesen, so kann der Unabhängige Verwaltungssenat aufgrund der Behauptungen des nicht säumigen Beteiligten entscheiden.

Einleitung des Nachprüfungsverfahrens

Ein Unternehmer, der ein Interesse am Abschluss eines Vertrages behauptet, kann die Nachprüfung einer gesondert anfechtbaren Entscheidung im Vergabeverfahren wegen Rechtswidrigkeit beantragen, sofern ihm durch die behauptete Rechtswidrigkeit ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Ein solcher Unternehmer hat spätestens gleichzeitig mit der Antragstellung den Auftraggeber elektronisch oder mittels Telefax von der beabsichtigten Einleitung des Nachprüfungsverfahrens zu verständigen; der verständigte Auftraggeber hat in der Folge alle Bieter, denen die Zuschlagsentscheidung mitgeteilt wurde, von der Einleitung des Nachprüfungsverfahrens zu verständigen. Dem Auftraggeber bzw. den Bietern ist die geltend gemachte Rechtswidrigkeit bekannt zu geben. Dem Antrag auf Nachprüfung kommt keine aufschiebende Wirkung für das betreffende Vergabeverfahren zu.

Schlichtungsversuch

Grundsätzlich ist ein Schlichtungsversuch vorgesehen; ein Schlichtungsversuch unterbleibt in beschleunigten Verfahren bei Dringlichkeit, bei bestimmten nicht offenen und Verhandlungsverfahren ohne vorherige

Bekanntmachung und bei Direktvergaben. Im Unterschwellenbereich findet ein Schlichtungsversuch nur auf beiderseitiges Ersuchen der Beteiligten statt.

Einleitung des Feststellungsverfahrens

Ein Unternehmer, der ein Interesse am Abschluss eines Vertrages hatte, kann, sofern ihm durch die behauptete Rechtswidrigkeit ein Schaden entstanden ist, die Feststellung beantragen, dass

1. die Wahl der Direktvergabe nicht zu Recht erfolgte oder

2. wegen eines Verstoßes der Zuschlag nicht nach den Angaben in der Ausschreibung dem Angebot mit dem niedrigsten Preis oder dem technisch oder wirtschaftlich günstigsten Angebot erteilt wurde oder

3. der Widerruf einer Ausschreibung rechtswidrig war.

Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer, an den er den Auftrag direkt vergeben hat, alle Bieter, denen die Zuschlagsentscheidung mitgeteilt wurde, bzw. alle Bewerber oder Bieter im Falle des Widerrufs einer Ausschreibung zu verständigen. Die geltend gemachte Rechtswidrigkeit ist bekannt zu geben.

Anträge und Fristen

Der Inhalt der Anträge und die für die Antragstellung zu wahren Fristen sind eingehend geregelt

Behandlung von Anträgen

Anträge, deren Inhalt bereits erkennen lässt, dass die behauptete Rechtswidrigkeit oder der behauptete Schaden offensichtlich nicht vorliegt oder die behauptete Rechtswidrigkeit offensichtlich keinen Einfluss auf das weitere Vergabeverfahren hatte oder hat, sind ohne weiteres Verfahren abzuweisen. In allen übrigen Fällen, in denen sich der Antrag zur weiteren Behandlung als geeignet erweist, ist das Nachprüfungs- oder Feststellungsverfahren einzuleiten.

Einstweilige Verfügungen

Sobald das Nachprüfungs- oder Feststellungsverfahren eingeleitet ist, hat der Unabhängige Verwaltungssenat auf Antrag durch einstweilige Verfügung unverzüglich jene vorläufigen Maßnahmen zu ergreifen, die nötig und geeignet scheinen, um eine durch die behauptete Rechtswidrigkeit entstandene oder unmittelbar drohende Schädigung von Interessen des Antragstellers zu beseitigen oder zu verhindern. Mit einer einstweiligen Verfügung können das gesamte Vergabeverfahren oder einzelne Entscheidungen des Auftraggebers bis zur Entscheidung des Unabhängigen Verwaltungssenates über

eine allfällige Nichtigerklärung vorübergehend ausgesetzt oder sonstige geeignete Maßnahmen angeordnet werden. Dabei ist die jeweils gelindeste, noch zum Ziel führende vorläufige Maßnahme, zu verfügen. In einer einstweiligen Verfügung ist die Zeit, für die sie getroffen wird, zu bestimmen. Die einstweilige Verfügung tritt nach dem Ablauf der bestimmten Zeit, spätestens jedoch zwei Monate, bei einstweiligen Verfügungen betreffend Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich einen Monat nach der Antragstellung oder mit der Entscheidung über den Antrag auf Nichtigerklärung außer Kraft. Die einstweilige Verfügung ist unverzüglich aufzuheben, sobald die Voraussetzungen, die zu ihrer Erlassung geführt haben, weggefallen sind. Anträgen auf einstweilige Verfügung, die die Untersagung der Erteilung des Zuschlages oder die Unterlassung der Angebotsöffnung begehren, kommt ab dem Zugang der Verständigung vom Einlangen des Antrages bis zur Entscheidung über den Antrag aufschiebende Wirkung zu. Der Unabhängige Verwaltungssenat hat den betroffenen Auftraggeber vom Einlangen eines solchen Antrages unverzüglich zu verständigen. Der Auftraggeber darf bei sonstiger Nichtigkeit den Zuschlag bis zur Entscheidung über den Antrag oder bis zur Mitteilung, dass von der Erlassung einer einstweiligen Verfügung abgesehen wurde, nicht erteilen oder die Angebote öffnen.

Nichtigerklärung von Entscheidungen des Auftraggebers bzw. Feststellung von Rechtsverstößen

Der Unabhängige Verwaltungssenat hat eine im Zuge eines Vergabeverfahrens ergangene Entscheidung eines

Auftraggebers mit Bescheid für nichtig zu erklären, wenn sie im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften für die Vergabe von Aufträgen steht und auf den Ausgang des Vergabeverfahrens von wesentlichem Einfluss ist.

Nach erfolgtem Zuschlag oder nach erfolgtem Widerruf einer Ausschreibung hat der Unabhängige Verwaltungssenat bloß festzustellen, ob der behauptete Rechtsverstoß vorliegt oder nicht.

Entscheidungsfristen

Über Anträge auf Erlassung einstweiliger Verfügungen ist unverzüglich, längstens jedoch binnen einer Woche nach dem Einlangen des Antrages, zu entscheiden. Über Anträge auf Nichtigerklärung von Entscheidungen eines Auftraggebers ist spätestens zwei Monate, bei Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich einen Monat nach dem Einlangen des Antrages zu entscheiden.

Besondere Verwaltungsabgaben

Die Inanspruchnahme des Unabhängigen Verwaltungssenates als Nachprüfungsbehörde löst besondere Verwaltungsabgaben aus. Die besonderen Verwaltungsabgaben hat der Antragsteller bei der Stellung des Antrages zu entrichten. Der, vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat gänzlich oder zumindest teilweise obsiegende Antragsteller hat Anspruch auf Ersatz der von ihm entrichteten besonderen Verwaltungsabgaben durch den Antragsgegner. Der Unabhängige Verwaltungssenat hat darüber in seiner Entscheidung abzusprechen.

6.

Zinssenkung bei Wasserleitungsfondsdarlehen

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 17. Dezember 2002 folgenden Beschluss gefasst

„Der Zinssatz für die den Gemeinden und Gemeindeverbänden Tirols gewährten Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds wird mit Wirksamkeit 1. Jänner 2003 von 3,5% p.a. auf 3,0% p.a. gesenkt.“

Um den Verwaltungsaufwand gering zu halten und

Kosten zu sparen, werden die Tilgungspläne vorerst nicht neu erstellt, da den Gemeinden ohnedies zu den Rückzahlungsterminen Zahlscheine mit detaillierten Aufstellungen übermittelt werden. Das Formular für die Beantragung der Wasserleitungsfondsdarlehen wird in Bälde den Gemeinden über die Internet-Plattform zur Verfügung stehen.

7.

Tierseuchenfonds; Pflichtbeiträge 2003

Nach § 7 Abs. (1) des Gesetzes über den Tierseuchenfonds, LGBL. Nr. 17/1949, in der Fassung der Gesetze LGBL. Nr. 65/1988 und LGBL. Nr. 109/2001 hat die Landesregierung mit Verordnung vom 18. Dezember 2001, LGBL. Nr. 126, festgesetzt, dass Personen, die in Tirol einen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen oder einen solchen Betrieb als Nutznießer oder Pächter innehaben für jedes nachstehend angeführte in ihrem Eigentum befindliche Tier im Jahre 2003 folgende Beiträge zu leisten haben:

1. für alle über ein Jahr alten Einhufer und über drei Monate alten Rinder € 1,50;
2. für Schweine über 50 kg Lebendgewicht sowie über sechs Monate alte Schafe und Ziegen € 0,50.

Für die Entrichtung der Pflichtbeiträge ist der im Zeitpunkt der letzten Viehzählung (Dezember 2002) festgestellte Bestand an Einhufern über einem Jahr und Rindern über drei Monaten bei den einzelnen Tierhaltern maßgebend. Wenn der Gemeinde die genauen Zah-

len nicht bekannt sind, werden die laut Viehzählungsliste unter einem Jahr alten Rinder zu zwei Drittel als über drei Monate alt angenommen und sind somit beitragspflichtig. Schlachtkälber bis 300 kg sind nicht beitragspflichtig.

Wie in den Vorjahren sind von den Bezirkshauptmannschaften Listen zu erstellen, in die die Nummer der Gemeinde und die von dieser zu leistenden Beträge eingesetzt werden. Diese Liste ist bis 15. Juni 2003 an die Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung einzuschicken, worauf von dort aus die Tierseuchenfondsbeiträge an den Tierseuchenfonds überwiesen werden.

Die Bezirkshauptmannschaft wolle wie bisher eine Beitragsliste (mit Zahlenangabe der einzelnen Tiergattungen) direkt an die Veterinärabteilung übermitteln.

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 7 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Tierseuchenfonds verwiesen (Gemeinden!).

Veterinärdirektion Zahl IIIe-43/139 vom 16. Jänner 2003

8.

Sicherung und Erschließung der Gemeindearchive

Über Sicherungsmaßnahmen für Gemeindearchive wurde im „Merkblatt für die Gemeinden Tirols“, Nr. 9/1993, informiert. Über Brandschutz in Gemeindearchiven wurde im „Merkblatt für die Gemeinden Tirols“, Nr. 2/1994, informiert. Mit diesen Aktivitäten hat das Tiroler Landesarchiv (=TLA) im Einvernehmen mit der Gemeindeabteilung für die Verwaltung in den Gemeinden brauchbare Richtlinien geschaffen. Gesetzliche Archivierungsvorschriften (außer den üblichen Ablauffristen) oder gar Zwangsmaßnahmen zur Aktensicherung sind in Tirol – außer bei Standesämtern – nicht vorgesehen.

Die Sorge um eine gesicherte Aufbewahrung der in den Gemeindearchiven abgelegten historischen Quellen kam in Tirol schon vor über hundert Jahren zum Ausdruck. 1899 beschloss der Tiroler Landtag auf Anregung des bekannten Historikers Josef Hirn, „Maßnahmen zur Ordnung und Erhaltung der Gemeindearchive zu ergreifen.“ Tatsächlich begann der Landesausschuss, also die damalige Landesregierung, mit der Einziehung von

Gemeindearchiven. So haben derzeit 80 Gemeinden ihre wertvollen Dokumente aus Sicherheitsgründen sukzessive im TLA hinterlegt. Schon vor 100 Jahren wurde bei historischen Gemeindearchiven ein Totalschwund von 20% bis zu 60% (je nach Bezirk) festgestellt. Weniger die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts als vielmehr die zahlreichen Neu- und Umbauten der Gemeindeämter mit den damit verbundenen Übersiedlungen brachten schmerzliche Archivalienverluste mit sich. Noch in den 1960er Jahren wurde wertvollstes Archivgut auf der Müllhalde entsorgt. Oft hatte das TLA erst durch die Hinweise von Chronisten die Chance, mit „Feuerwehraktionen“ die drohende Vernichtung zu verhindern. Nach Aufstockung des Personalstandes im TLA ab 1970 konnte an eine Bestandsaufnahme der Gemeindearchive gedacht werden, wie sie bereits dem Historiker Hirn vorschwebte.

Eine systematische Sicherung der Kleinarchive wurde nach Einführung der Mikroverfilmung am TLA möglich. Anfangs konnte die Sicherheitsverfilmung nur bei

Anlassfällen durchgeführt werden, da die Gemeinden als Archiveigner nicht zur Ablieferung des wertvollen Kulturgutes verpflichtet werden konnten. Das damals fehlende gesamtösterreichische Archivgesetz und die Unantastbarkeit der Gemeindehoheit erforderten ein Einvernehmen zwischen Landesarchiv und Gemeinden. Eine wichtige Brücke, um an gefährdete Archive heranzukommen waren und sind die Ortschronisten, die schon seit Jahrzehnten eine feste Heimat im TLA haben.

1980 begann die systematische Erschließung mit den Oberinntaler Gemeindearchiven Fließ, Nauders, Serfaus und Tösens. Die bescheidenen Heftchen der Reihe „Tiroler Geschichtsquellen“ im Umfang von 70 bis 80 Seiten waren vor 20 Jahren der Anfang für die größte Quelldokumentation, die es in Tirol je gab. Bis dato wurden vom TLA 178 Archive von insgesamt 279 Gemeinden geordnet, inventarisiert, sicherheitsverfilmt und durch regestenartige Inhaltsangaben der Urkunden, Akten und Kanzleibücher erstmals stückweise erschlossen. In dieser Publikationsreihe des Landesarchivs wurden bisher zwei Drittel aller Tiroler Gemeindearchive auf über 5.000 Druckseiten dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Jedes Schriftstück vor 1850, egal ob Urkunde oder Akt, wird durch eine Einzelstückbeschreibung (Regest) erfasst.

Wie sich bedauerlicherweise in den Bezirken Kitzbühel und Kufstein zeigte, konnten von den 50 historischen Gemeindearchiven 30 nicht mehr gerettet werden. Diese Verlustquote von 60% war aber größtenteils schon vor 100 Jahren festgestellt worden.

Nach Abschluss des Bezirkes Kufstein sind sechs Verwaltungsbezirke Tirols, nämlich Reutte, Landeck, Imst, Kitzbühel, Kufstein und Lienz erstmals ausreichend gesichert und für die Öffentlichkeit über Mikrofilm und durch die Publikation in den „Tiroler Geschichtsquellen“ veröffentlicht. Der Bezirk Schwaz sowie Innsbruck-Land sind noch zu sichern und zu erschließen. Wegen der bedeutenden Archivalienmenge werden die Stadtarchive Innsbruck, Kitzbühel und Kufstein (ähnlich wie Reutte, Vils und Imst) in eigenen Bänden der „Tiroler Geschichtsquellen“ veröffentlicht werden.

All diese Arbeiten, einschließlich der Mikroverfilmung sind für die Gemeinden kostenlos. Selbst der Archivalientransport zur dreimonatigen Bearbeitung nach Innsbruck wird vom Land Tirol übernommen. Nach kurzer telefonischer oder schriftlicher Voranmeldung werden die Urkunden und Akten, die älter als 150 Jahre sind, entlehnt und geordnet, signiert und inventari-

siert wieder zurückgebracht. Gleichzeitig werden die Gemeinderatsprotokolle von den Anfängen bis in die 1990er Jahre herauf zur Sicherheitsverfilmung übernommen. Auch wertvolle Familienarchive und Hausbriefe, besonders Fraktionsarchive und Genossenschaftsarchive wie z. B. in Walchsee oder in der Gemeinde Wildschönau werden entlehnt und nach der Bearbeitung geordnet zurückgegeben.

Diese bearbeiteten Archive dürfen nach der Verfilmung nicht mehr verändert oder umsigniert werden, da jede Inventarnummer am Film, im Inventar und im Namensregister der gedruckten Geschichtsquellen dokumentiert ist. Bei ungünstigen Lagerungsbedingungen wird den Archiveigentümern angeboten, die wertvollen Archivalien im TLA freiwillig als „Dauerleihe“ zu hinterlegen. Das Recht auf Eigentum und die jederzeitige Rückforderung bleibt dabei uneingeschränkt erhalten.

Um allen Personen- und Datenschutzproblemen bei einer Veröffentlichung zu entgehen, beschränkte sich das TLA bei der Erfassung der Altbestände bewusst auf die Zeit vor 1850. Wegen der guten Überlieferung, teils Doppelüberlieferung, durch Bezirksämter und Bezirkshauptmannschaften, wegen der wachsenden Zeitungsflut, der Chroniken bei Pfarre und Gendarmerie sowie der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Gemeinderatsprotokolle sind zahlreiche Parallelquellen vorhanden, die als Ergänzung oder Ersatz zu den Gemeindeakten dienen. Folglich ist nach 1850 eine Sicherheitsverfilmung und stückweise Dokumentation entbehrlich und wegen der Menge der Akten auch nicht realisierbar. Nur mit der Einschränkung auf diese Zeitgrenze ist die Sicherung und Erschließung der historischen Tiroler Gemeindearchive durch eine Person zu verwirklichen, ohne die Gesamtdokumentation der Gemeindearchive in den „Tiroler Geschichtsquellen“ zu gefährden.

Abschließend darf darauf hingewiesen werden, dass Tirol als einziges Bundesland in Österreich eine derartige systematische Erschließung der Gemeindearchive durchführt, die in den letzten 20 Jahren bereits in sechs Bezirken realisiert wurde. Diese aufwändigen Sicherungsmaßnahmen sind im Sinne des Kulturgüterschutzes, dem sich Österreich in der Haager Konvention angeschlossen hat, dringend erforderlich. Das TLA wählt bei den unvermeidlichen Sicherungsmaßnahmen den moderaten Weg der Hilfestellung. Mit der systematischen Sicherung und gleichzeitigen arbeitsintensiven Erschließung hat das Land Tirol für andere Bundesländer eine Vorbildwirkung.

Dr. Sebastian Hölzl, Tiroler Landesarchiv

9.

Übersicht über die genehmigten Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2002

Genehmigte Darlehen

2001 97.038.969

2002 128.099.206

Gemeinden ohne Innsbruck Stadt	in EUR		in % der Darlehenssumme		in EUR		in % der Darlehenssumme	
1. Hoheitsverwaltung								
1.1 Schulen		0		0,00%	7.718.002			6,03%
1.2 Kindergärten		109.010		0,11%	0			0,00%
1.3 Wasserleitungsbauten								
Wasserversorgung (UWWF)		339.674		0,35%	230.735			0,18%
Wasserversorgung (WLF)		1.615.518		1,66%	1.285.441			1,00%
Wasserversorgung (Bank)		5.004.835	6.960.027	5,16%	3.581.831	5.098.007		2,80%
1.4 Kanalbauten								
Abwasserentsorgung (UWWF)		144.475		0,15%	248.105			0,19%
Abwasserentsorgung (WLF)		1.982.589		2,04%	1.846.370			1,44%
Abwasserentsorgung (Bank)		27.603.397	29.730.461	28,45%	41.452.813	43.547.288		32,36%
1.5 Wohnbau, Altersheime								
Wohnbau, Altersheime (Wbf)		59.956		0,06%	5.898.127			4,60%
Wohnbau, Altersheime (Bank)		2.184.474	2.244.430	2,25%	13.411.649	19.309.776		10,47%
1.6 Sportanlagen		2.797.905		2,88%	2.053.336			1,60%
1.7 Friedhöfe		254.355		0,26%	395.842			0,31%
1.8 Strassen, Wege, Brücken		1.939.712		2,00%	1.353.665			1,06%
1.9 Abfallbeseitigung		578.476		0,60%	6.260.557			4,89%
1.10 Feuerwehrwesen								
Feuerwehr (TILAND)		196.218		0,20%	146.700			0,11%
Feuerwehr (Bank)		172.236	368.454	0,18%	441.369	588.069		0,34%
1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich		30.571.282		31,50%	12.405.834			9,68%
1.12 Bezirkskrankenhäuser		0		0,00%	3.575.000			2,79%
1.13 Sonstiges								
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser		426.154		0,44%	6.451.001			5,04%
Grundkäufe		2.122.048		2,19%	1.874.355			1,46%
Beteiligungen		2.830.608		2,92%	313.000			0,24%
Musikschulen		421.503		0,43%	431.700			0,34%
Sonstiges		7.762.332		8,00%	10.115.773			7,90%
Weitergabe an Firmen		0	13.562.645	0,00%	0	19.185.829		0,00%
Summe Hoheitsverwaltung		89.116.757		91,84%	121.491.205			94,84%
2. Erwerbswirtschaftliche Unternehmen		0		0,00%	0			0,00%
Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck		89.116.757		91,84%	121.491.205			94,84%
Innsbruck - Stadt								
a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck		7.922.212		8,16%	6.608.000			5,16%
Umschuldung Stadtgde. Innsbruck		0		0,00%	0			0,00%
Summe Innsbruck - Stadt		7.922.212		8,16%	6.608.000			5,16%
Darlehensaufnahmen Summe Tirol		97.038.969		100,00%	128.099.205			100,00%

Genehmigte Haftungsübernahmen**Aufschlüsselung der Haftungsübernahmen**

	2001	2002
Seilbahnen und Lifte	18.168	763.065
Bäder und Sportanlagen	886.609	13.982.373
Wasserleitungs- und Kanalbauten	1.442.701	15.344.028
Sonstige	8.985.996	5.546.526
Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt)	11.333.474	35.635.992
Innsbruck-Stadt	0	960.266
Haftungsübernahmen Summe Tirol	11.333.474	36.596.258

Genehmigte Leasingverträge

	2001	2002
Feuerwehrwesen	2.057.368	500.000
Schulen	4.225.925	509.801
Musikschulen	0	0
Kindergärten	0	181.682
Gemeinde- und Mehrzweckhäuser	1.220.904	1.414.080
Bäder- und Sportanlagen	0	0
Altenheime	0	0
Sonstige Zwecke	443.304	4.382.172
Leasingsumme Gemeinden Tirols	7.947.501	6.987.735

HÖHE; ANZAHL UND ZINSSÄTZE DER DARLEHENS-AUFNAHMEN

	Zinssatz	Anzahl	Betrag	%
Umwelt und Wasserwirtschaftsfonds	1,000 %	0	0	0,00%
	2,000 %	5	231.754	0,18%
	3,000 %	3	247.087	0,19%
Wasserleitungsfonds	3,500 %	89	3.131.811	2,44%
Wohnbauförderung	1,000 %	5	5.898.127	4,60%
Zinsenloses Landesdarlehen	0,000 %	0	0	0,00%
Zwischensumme		102	9.508.779	7,42%
Bankdarlehen	0,875 %	3	3.061.000	2,39%
	3,125 %	2	11.770.000	9,19%
	3,250 %	7	4.324.650	3,38%
	3,375 %	12	9.145.465	7,14%
	3,500 %	40	37.581.690	29,34%
	3,625 %	33	16.481.611	12,87%
	3,750 %	43	21.544.044	16,82%
	3,875 %	7	1.423.419	1,11%
	4,000 %	3	949.700	0,74%
	4,125 %	1	436.000	0,34%
	4,250 %	1	156.973	0,12%
	4,375 %	3	1.944.484	1,52%
	4,500 %	11	8.326.074	6,50%
	4,625 %	1	145.346	0,11%
	4,750 %	7	186.572	0,15%
	5,000 %	1	217.659	0,17%
	5,125 %	2	101.742	0,08%
	5,250 %	2	224.123	0,17%
	5,500 %	1	205.155	0,16%
5,625 %	1	218.019	0,17%	
Zwischensumme		181	118.443.726	92,46%
Darlehen von Versicherungen	3,000 %	3	146.700	0,11%
Zwischensumme		3	146.700	0,11%
Summe der Darlehensaufnahmen 2002		286	128.099.205	100,00%

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR DEZEMBER 2002**
(vorläufiges Ergebnis)

	November 2002 (endgültig)	Dezember 2002 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	104,9	105,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	110,4	110,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	144,3	144,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	224,4	225,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	393,8	394,9
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	501,7	503,2
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	503,3	504,7

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2002 beträgt 105,2 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber November 2002 (104,9 endgültige Zahl) um 0,3% gestiegen (November 2002 gegenüber Oktober 2002: -0,1%). Gegenüber Dezember 2001 ergibt sich eine Steigerung um 1,8% (November 2002/2001: +1,7%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck